

DOI: 10.5771/0342-300X-2018-6-438

Erkenntnis und Interesse

JÜRGEN KOCKA

Es war ein langer Weg des Wandels von den erstmals 1948 erschienenen „Mitteilungen“ des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI) der Gewerkschaften zu den „WSI-Mitteilungen“ von heute. Tragend aber blieb der Anspruch, Sozialwissenschaft mit Anwendungsbezug zu publizieren, einer politik- und gewerkschaftsnahen Ausrichtung ebenso verpflichtet zu sein wie professionellen Wissenschaftsstandards und insofern Wissenschaft mit Praxis zu verbinden.

Dies steht in der Tradition enger Kooperation zwischen Arbeiterbewegung und Sozialwissenschaft seit dem 19. Jahrhundert. In der deutschen Arbeiterbewegung war man davon überzeugt, dass Wissen Macht bedeuten und der Durchsetzung von Interessen dienen kann. Andererseits bestand die Bereitschaft, die eigenen Ziele im Licht wissenschaftlicher Ergebnisse zu reflektieren, zu legitimieren und manchmal auch zu modifizieren. Zugleich aber wusste man in den Gewerkschaften und Arbeiterparteien, dass sozialwissenschaftliche Arbeiten zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen können, je nachdem von welchen Auswahlentscheidungen und Fragestellungen sie ausgehen, die ihrerseits von Erkenntnisinteressen und Wertungen beeinflusst werden, also sozial verortet sind. Man fand es lohnend, sich darum zu kümmern.

Umgekehrt entstand die moderne Sozialwissenschaft aus dem Geist der Sozialreform. Es gab und gibt viele Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler, die sich und ihre Forschungen gern in enger Verbindung zu Sozialpolitik, gesellschaftlichem Fortschritt und aktiver Politikberatung verorten, auch wenn sie auf der Selbstständigkeit ihrer Wissenschaft gegenüber der Politik bestehen und mit Max Weber übereinstimmen, dass politische Ziele und Strategien auch aus der gründlichsten wissenschaftlichen Analyse nie hinreichend abgeleitet werden können. So sehr sich die Logiken von Wissenschaft und Politik auch grundsätzlich unterscheiden, so unbestreitbar ist die gemeinsame Schnittmenge, innerhalb der demokratische Politik und kritische Sozialwissenschaft eng und zu beiderseitigem Nutzen kooperieren können.

In dieser Tradition stehen die WSI-Mitteilungen, wenn sie sich als Wissens- und Argumentationsquelle für all jene Akteure aus Wissenschaft, Gewerkschaften und politischer Praxis verstehen, die über aktuelle Entwicklungen in Arbeitswelt und Gesellschaft aufklären und zu einer humanen, auf Gleichstellung und Teilhabe orientierten Gestaltung von Arbeits- und Lebensweisen beitragen wollen. Sie verfügen über viel Erfahrung bei der Überbrückung der unbestreitbaren Spannungen zwischen der als Rahmen vorgegebenen gewerkschaftspolitischen Orientierung einerseits und sozialwissenschaftlicher Arbeit andererseits. Denn zu Letzterer gehören ja große Selbstständigkeit und die Bereitschaft zum radikalen Hinterfragen der eigenen Prämissen. Die Autorinnen und Autoren wissen auch, dass die Politik sich sehr oft über ihre Ergebnisse hinwegsetzt. Insgesamt aber stellen die WSI-Mitteilungen zum Zeitpunkt ihres 70. Geburtstags einen starken Beleg für die Richtigkeit der These dar,

dass gesellschaftlich-politisches Engagement sozialwissenschaftliche Forschung vorantreiben und bereichern kann: durch die Bereitstellung von Ressourcen und Daten, die Entwicklung neuer Fragestellungen wie durch Generierung von bisweilen leidenschaftlicher Motivation, ohne die originelle und leistungsstarke Wissenschaft nur selten entsteht.

Doch an der Geschichte dieser Zeitschrift lässt sich auch ablesen, dass solch eine produktive Allianz von politischem Interesse und wissenschaftlicher Erkenntnis nur dann gelingt, wenn beide Seiten ihre relative Autonomie anerkennen und die bisweilen als Versuchung auftretende politische Instrumentalisierung der Wissenschaft ebenso vermieden wird wie die – ohnehin unwahrscheinliche – Verwissenschaftlichung der Politik.

Die Herausforderungen an die Sozialwissenschaft mit Anwendungsbezug sind im Fluss. Die sich ändernden gesellschaftlichen Probleme drängen neue Themen auf die Tagesordnung: die Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt, die zunehmende sozialökonomische Ungleichheit, die Folgen der Zuwanderung, das transnationale Ausgreifen des Kapitalismus und anderes: Wie gehen Sozialstaat, Gewerkschaften und Mitbestimmung damit um? Im Zeichen der Digitalisierung findet ein tiefer Strukturwandel der Öffentlichkeit statt. Er treibt die Emotionalisierung und Fragmentierung an, befeuert den Populismus und stellt auch die Reflexivität und Rationalität infrage, die von der Wissenschaft in die Politik eingebracht werden können. Selbst der institutionell-kulturelle Rahmen erscheint nicht mehr als selbstverständlich, ohne den kritische Sozialwissenschaft mit Anwendungsbezug nicht funktioniert: Die rechtsstaatliche, liberalen Prinzipien verpflichtete parlamentarische Demokratie erscheint vielen durch neue Entwicklungen überfordert, Ressentiments und Demokratiekritik sind die Folge und werden in der Parteienkonkurrenz instrumentalisiert. Schon aus Sorge um ihre eigenen Existenzvoraussetzungen muss sich kritische Sozialwissenschaft mit Anwendungsbezug dem entgegenstellen. Sie kann dies, indem sie nach den Ursachen fragt, vergleicht, Verbesserungen empfiehlt und vor allem mit abwägender Argumentation gegen schrille Dramatisierung und für das Urteilen mit Augenmaß kämpft. Neben der Kritik an verbreiteten Defiziten ist es in der gegenwärtigen Situation ebenfalls notwendig, Zustimmung zu signalisieren: zu erreichten Fortschritten, die auch wieder verloren gehen können. ■

JÜRGEN KOCKA, Prof. Dr., ist Sozialhistoriker, emeritierter Professor der Freien Universität Berlin, ehemaliger Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und derzeit Permanent Fellow des Kollegs „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“ (Re:work) an der Humboldt Universität zu Berlin.

@ kocka@wzb.eu